

Frankfurt, den 8. Juni 2010



Resolution des Beirats der IG Metall

Sparpaket ist keine gerechte Antwort auf die Krise

Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat ein Sparpaket für den Bundeshaushalt geschnürt, das die Verursacher der Finanzkrise schont und die Opfer der Krise belastet.

Die enormen Kredite und Bürgschaften, die die Bundesregierungen in den letzten beiden Jahren aufge- und übernommen haben, sind Folge des Kollaps des Finanzmarktkapitalismus.

Mit staatlichen Finanzhilfen und Bürgschaften wurden Banken gerettet, der Finanzkreislauf in Gang gehalten und somit die Vernichtung von Vermögen und Unternehmen verhindert. Ohne staatliche Hilfe hätten Aktionäre und Vermögende ihre Guthaben verloren.

Viele Arbeitnehmer/-innen haben dagegen für die Krise mit Verlust ihrer Arbeit und ihrer Einkommen bezahlt. Die krisenbedingten Einnahmeausfälle der Kommunen stellen ihre Handlungs- und Investitionsfähigkeit in Frage. Städte und Gemeinden sind deshalb gezwungen, ihre sozialen und kulturellen Angebote zu beschränken und ihre Investitionen zu kürzen.

Die IG Metall bezweifelt nicht die Notwendigkeit der Konsolidierung der staatlichen Haushalte. Die IG Metall wird jedoch gegen den vorgeschlagenen Weg der Konsolidierung ihre Mitglieder mobilisieren. Dieser eingeschlagene Weg ist ungerecht, da vor allem Arbeitslose und nicht die Verursacher der Krise die Hauptlast zu tragen haben.

Die IG Metall fordert die Bundesregierung auf, statt Arbeitslose und Familien zu bestrafen, endlich den Verursachern der Krise die Lasten aufzubürden.

Deshalb fordert die IG Metall:

- Einen nationalen Lastenausgleich, in dem die Lasten der Krise durch eine Abgabe auf Vermögen abgetragen werden.
- Eine Besteuerung hoher Einkünfte, um die Zukunftsaufgaben in Bildung und Innovation zu finanzieren.
- Eine Finanztransaktionssteuer, um die Verursacher der Krise in Haftung zu nehmen und Spekulationen künftig zu erschweren.
- Eine Gemeindefinanzreform, die die Einnahmehasis der Kommunen stärkt.

Die IG Metall lehnt die von der Bundesregierung beschlossenen Kürzungen bei Arbeitslosen, Familien und der Arbeitsmarktpolitik ab und fordert die Korrektur dieser Beschlüsse.